

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für die MV vom 12. Juni 2021

Das ganze Leben dreht sich seit März 2020 um ein Coronavirus namens SARS-CoV-2. Infizierungen mit diesem Virus zu verhindern, hat Vorrang vor allem. Die Lockdown-Maßnahmen haben unsere bisherigen Aktivitäten für ein annehmbares Existenzminimum in aller Bereichen (Lohn, Rente, Hartz IV) nahezu zum Erliegen gebracht. Wir meinen, dass die Lockdown-Maßnahmen die Bedingungen erheblich verschlechtern, nach dem Ende der Pandemie bei diesen Zielen Fortschritte zu erzielen. Wir denken, dass die angewandten Lockdown-Maßnahmen großenteils schädlich und unverhältnismäßig sind. Sie werden mit Angstmache, Verleumdungen und einer Vielzahl von Verboten durchgesetzt. Die Coronakrise überlagert und verstärkt die Wirtschaftskrise, die 2019 anfing. Sie schafft gleichzeitig bisher ungeahnte Möglichkeiten eines Auswegs aus der Krise. Mit einer gigantisch wachsenden Staatsverschuldung vor allem in Europa und den USA wird Nachfrage erzeugt und zugleich eine digitale Revolution subventioniert, die die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands mit den USA und China herstellen soll. Mit einer beschleunigten digitalen Revolution können die Lohn- und Sachkosten in allen Bereichen erheblich gesenkt werden. Die Bedienung und der Abbau der riesigen Staatsschulden ist ohne Sozialabbau langfristig nicht denkbar.

Vielen aber erscheinen die Maßnahmen zum Abbau persönlicher Kommunikation, mit denen die Wirtschaftskrise überwunden werden sollen, vor allem als Schutz der eigenen Gesundheit vor einem lebensgefährlichen Killervirus. Zugleich sehen viele in der so genannten Coronakrise die Chance eines „solidarischen Neuanfangs“ in allen Bereichen des Lebens.

Wir dagegen gehen davon aus, dass die Lösung der Krise nicht in fairen Löhnen, fairen Renten, menschenwürdigen Regelsätzen, Steuersenkungen für die Masse der Lohnabhängigen und gesicherten Arbeitsplätzen besteht, sondern darin, den Lebensstandard von Millionen Menschen weiter unter das Existenzminimum zu drücken.

Deshalb haben wir uns entschlossen, den derzeitigen Schwerpunkt unserer Arbeit auf Kritik am Lockdown zu verlagern. Die Bundesregierung bietet sich als Schutzmacht gegen ein Virus an, dessen Gefährlichkeit sie mit einer bewussten Schockstrategie erheblich übertreiben. Das dahinter verborgene Ziel jedoch heißt: „Förderung der Transformation der Wirtschaft“, um Führungspositionen auf dem Weltmarkt zu erobern. Das geht nur, wenn die Arbeitskraft als Ware verbilligt wird.

Schwerpunkt unserer Arbeit war bis dahin, für ein halbwegs ausreichendes Existenzminimum bei Hartz IV (mindestens 600 Euro Regelsatz für Alleinstehende) und, gestützt darauf, auch bei Mindestlöhnen und Mindestrenten einzutreten. Ferner forderten wir die Berücksichtigung des Existenzminimums von Erwerbstätigen bei der Besteuerung von Löhnen (steuerlicher Grundfreibetrag für Alleinstehende in Höhe von 15.000 Euro). Wir haben einen Beitrag dazu geleistet, dass die Hartz-IV-Parteien (SPD und Grüne), Wohlfahrtsverbände und auch DGB-Gewerkschaften ihre früheren Positionen aufgeben haben und die Linkspartei ihre Forderungen erhöht hat. 12 Euro Mindestlohn z.B. ist zur Forderung von SPD und Grünen geworden, 600 Euro Regelsatz auch von zahlreichen Wohlfahrtsverbänden. Doch diese Forderungen wurden erst von diesen Organisationen erst gebilligt, als die Konjunktur ausgelaufen war und die Wirtschaftskrise schon begonnen hatte. Zugleich stimmten sie Anfang 2020 der weitgehenden Stilllegung des gesellschaftlichen und privaten Lebens durch Lockdowns zu, die die seit 2019 beginnende weltweite Wirtschaftskrise verschärfen. Sie befürworteten die politisch betriebene Verschärfung der Krise. Die „Lösung“ dieser Krise mit höheren Löhnen und

Sozialleistungen ist unwahrscheinlich, auch wenn SPD, Grüne und Linkspartei nach der nächsten Bundestagswahl gemeinsam eine Koalition des „Politikwechsels“ bilden sollten. Die ohnehin anrollende Zangenkrise (ökologische Krise und ökonomische Krise, Klaus Dörre) unter „Coronakrise“ zu subsumieren war und ist Mittel zum Zweck, die gesamte Wirtschaft und die Staatsfinanzen so schnell wie möglich auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auszurichten. Nur so können Renditen erzielt werden, die Kapitalanleger weiterhin befriedigen. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern international.

„Die Forderungen, die Klartext e.V. und das Rhein-Main-Bündnis zu Mindestlohn, Mindestrente, Hartz-IV-Regelsätzen und einer deutlichen Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags vertreten, gewinnen auf jeden Fall noch größere Bedeutung“ schrieben wir mit Blick auf die weitere Entwicklung der so genannten Corona-Krise in unserer ersten Streitschrift zum Lockdown (s. unten).

Zwei Broschüren zum Lockdown

Wir haben uns auf der letzten MV am 20. Juni 2020 entschlossen, eine Broschüre mit dem Titel „Lockdown – nicht nochmal!“ herauszubringen! Sie erschien am 10. August 2020. Reinhard Frankl, Rainer Roth und Tobias Weißert haben sie erarbeitet.

Bis heute haben wir über 2.000 Exemplare unter die Leute gebracht, vor allem, bevor der zweite Lockdown im November 2020 ausgerufen wurde. Inzwischen ist die Broschüre auch auf der Klartext-Website zu finden. Nur rubikon hat Auszüge aus der Broschüre veröffentlicht und die Broschüre beworben. Die GEW Bayern lehnte eine positive Rezension der Broschüre ab. LabourNet, Tacheles und auch die Nachdenkseiten lehnten selbst einen Hinweis auf die Broschüre ab.

Wir erhielten eine ganze Reihe Zuschriften, in denen Überraschung, Freude und Verwunderung ausgedrückt wurde, dass Menschen, die Kapitalinteressen kritisieren, in der Lage sind, Lockdown-Maßnahmen abzulehnen. Nicht wenige Personen bestellten zehn bzw. mehr Exemplare, um sie weiter zu verbreiten, eine Ärztin sogar 100. Auch Spenden häuften sich. Andererseits trafen uns Verleumdungen wie Zusammenarbeit mit Faschisten, rechtsoffen, Verschwörungstheoretiker, Corona-Leugner, Tendenz zum Antisemitismus auch uns. Einige wenige Mitglieder traten deshalb aus.

Ab Oktober 2020 arbeiteten wir weiter an einer zweiten Streitschrift mit dem Titel „Die Schockstrategie geht weiter“. Sie führt die erste mit anderen Schwerpunkten fort und erschien Anfang März 2021. Bis jetzt sind etwa 850 Exemplare in Umlauf. Ihre Verbreitung dürfte nicht so hoch werden wie die der ersten Broschüre. Das Thema Impfungen schob sich in den Vordergrund. Das und der saisonale Rückzug von SARS-CoV-2 führten zu gewissen Lockerungen des Würgegriffs, mit dem die Regierenden uns das Atmen erschweren. Auch diesmal wurden zwei Kapitel der zweiten Streitschrift von rubikon veröffentlicht. Wieder grenzten wir uns von Querdenken ab, aber auch von den Lockdown-Verschärfern um die zahlreichen linken Unterstützer von „ZeroCovid“. Die Zahl zustimmender Zuschriften stieg. (Beispiele?) Unterstützung erhielten wir auch von einigen GewerkschafterInnen aus Hamburg, Aachen, Hessen usw. Aber wieder erreichten uns auch Zuschriften, die uns vorwarfen, Corona-Leugner bzw. -verharmloser zu sein und den Tod von Menschen bewusst in Kauf zu nehmen. Es steht die Beteiligung an einer Videokonferenz mit TeilnehmerInnen aus Kreisvorständen der GEW Südhessen an, die Anfang Juli stattfinden soll. Ferner steht in Aussicht, dass die Nachdenkseiten ein Interview mit Rainer Roth veröffentlichen, das der Journalist Helge Buttke mit ihm geführt hat.

e) Website, Mitglieder

Von Juni 2020 bis einschließlich Mai 2021 waren auf unserer Website 96.240 (Vorjahreszeitraum: 103.920) Besuchersitzungen (Sessions) zu verzeichnen, d.h. durchschnittlich 8020 (8.660) pro Monat oder etwa 264(290) pro Tag. Die Besucherzahlen sind damit zwar nicht mehr so stark wie im Vorjahr (25%), aber doch um 7% gefallen. Im Berichtszeitraum haben wir vier Newsletter verschickt. Klartext hat sieben Mitglieder verloren, wegen Ablehnung unserer Haltung zum Lockdown, aber auch wegen Todes und zu hohen Alters.